

"De Gaulle setzt die Politik des leeren Stuhls fort" in Frankfurter Rundschau (26. Juli 1965)

Quelle: Frankfurter Rundschau. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. Gerold, Karl ; Herausgeber Gerold, Karl. 26.07.1965, Nr. 170; 21. Jg. Frankfurt/Main: Frankfurter Rundschau GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Rundschau GmbH

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"de_gaulle_setzt_die_politik_des_leeren_stuhls_fort"_in_frankfurter_rundschau_26_juli_1965-de-8c2009c1-4973-4083-b562-2a462ca10d2f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

De Gaulle setzt die Politik des leeren Stuhls fort

Vorerst kein Versuch zur Überwindung der europäischen Krise / Paris verweist auf Wahlen

PARIS, 25. Juli. Vor der Jahreswende ist nicht mit einer Ueberwindung der europäischen Krise zu rechnen, erklären französische Regierungskreise vor der Sommerpause. Paris hatte schon unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen im Ministerrat der EWG klar zu verstehen gegeben, daß die Lösung der damit aufgeworfenen Probleme längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Jetzt wird als frühester Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Gespräche der Januar 1966 genannt.

Offiziell beruft man sich darauf, daß in der Bundesrepublik und in Frankreich die Wahlen bevorstehen, während in Belgien die Regierungskrise noch nicht gelöst ist. Die französische Regierung hält es weder für sinnvoll noch für aussichtsreich neue Verhandlungen in der Ungewißheit des Ausgangs der Wahlen zum Bundestag einzuleiten. Nach dem Willen de Gaulles soll den Präsidentschaftswahlen vom 5. Dezember in Frankreich nur ein kurzer Wahlkampf vorausgehen. Aus diesem Grunde dürfte de Gaulle seine Entscheidung über seine Wiederwahl erst im Oktober bekanntgeben. Obwohl der Ausgang dieser ersten Volksabstimmung nicht zweifelhaft sein kann, findet de Gaulle darin einen Grund, die Lösung der europäischen Probleme auf das nächste Frühjahr zu vertagen.

Bis dahin wird Frankreich, wie amtlich verlautet, die Politik des leeren Stuhls in Brüssel konsequent weiterverfolgen. Was immer die Partner in der Zwischenzeit einleiten und anbieten mögen, Paris will sich streng an den vom Staatschef angeordneten Boykott der europäischen Organe auf Ministerebene halten. Auf dieser Linie liegt auch die Weigerung der französischen Regierung, die von der Hallstein-Kommission ausgearbeiteten und den sechs Partnern zugeleiteten Kompromißvorschläge auch nur zu prüfen. Damit bestätigt sich, daß es de Gaulle keineswegs nur um die Vollendung des europäischen Agrarmarktes geht, aus dem Frankreich den größten Profit ziehen wird.

Vielmehr lassen französische Regierungskreise jetzt durchblicken, daß de Gaulle die Partner auf die Bedingungen des Römischen Vertrags so festlegen will, daß ihnen keine Rückzugsmöglichkeit bleibt. Der Agrarmarkt wird von Frankreich nur für die fünf Jahre bis 1970 akzeptiert werden, das heißt ohne Investitionsklausel nach zwei Jahren, wie andere Mitglieder forderten. Mit dem Vorschlag, es vorläufig bei den nationalen Beiträgen für den Agrarfonds bewenden zu lassen, kommt die Hallstein-Kommission französischen Forderungen entgegen. Wird der große Etat der Gemeinschaft nicht aufgestellt, so wird auch die parlamentarische Kontrolle weniger dringlich. Diese Zugeständnisse reichen aber, wie in Paris erklärt wird, keineswegs aus, die EWG wieder flott zu machen. Vielmehr arbeitet de Gaulle auf die Ablösung des Präsidenten der Brüsseler Kommission, Hallstein, und des holländischen Vizepräsidenten, Mansholt, hin, deren Mandate im Januar zu erneuern sind.

Der französische Agrarminister Pisani ist in seinen öffentlichen Reden weiter bemüht, die Landwirtschaft zu beruhigen. Er gab zu, daß die Furcht, die Verhandlungen könnten nicht wieder aufgenommen werden, sehr schwer auf der französischen Landwirtschaft laste. Aus der Krise dürfe aber nicht geschlossen werden, daß sie nicht zu lösen sei. Diese Beschwichtigungsversuche gehen jedoch an der Tatsache vorbei, daß de Gaulle den politischen Problemen absoluten Vorrang vor den wirtschaftlichen gibt und offenbar den endgültigen Bruch Frankreichs mit der EWG für den Fall ins Auge faßt, daß die Partner an dem supranationalen Konzept der Gemeinschaft festhalten. Die besonders von Hallstein vertretene These, die europäischen Gemeinschaften seien bereits eine politische Union, wird von de Gaulle so energisch bestritten, daß er den Zeitpunkt für gekommen hält, die Brüsseler Kommission und den Ministerrat aller den nationalen Regierungen übergeordneten Vollmachten zu berauben.

Berater scheinen de Gaulle davon überzeugt zu haben, was der ehemalige Ministerpräsident Debré bereits öffentlich aussprach, daß nämlich die Ausfuhrprobleme der französischen Landwirtschaft auch durch bilaterale Abkommen gelöst werden könnten. Um seiner festgefahrenen Politik von einem „europäischen Europa“ einen neuen Ansatzpunkt zu verschaffen, dürfte der General für die Zeit nach seiner Wiederwahl eine Verschmelzung von EWG und EFTA zu einer großen Freihandelszone und Zollunion ins Auge fassen,

wobei die Wirtschaftsgemeinschaft automatisch ihren supranationalen Charakter verlieren würde.